„Der Courier"
Ein Organ deutsch sprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
J. W. Elmann
Geschäftsführender Direktor.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im Voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Für Canada:	$2.50	$1.25	$ .75	$ .38
	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Für's Ausland:	$3.50	$2.00	$1.00	$ .50

Geschäftsanzeigen kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen-, „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90 Cents.

Beßarabien als Zankapfel

Abbruch der russisch-rumänischen Konferenz.

In Wien wurde kürzlich, wie im letzten „Courier" mitgeteilt, eine Konferenz zwischen Rußland und Rumänien eröffnet. Bei solchen Konferenzen sagt man sich gewöhnlich in den einleitenden Reden gegenseitig die ausgesuchtesten Liebenswürdigkeiten und Schmeicheleien, um die Gegenpartei recht günstig für den eigenen Standpunkt zu stimmen. So war es auch in Wien. Der Rumäne Rascanu sprach schon von einem Bündnis mit den Russen und der Russe Krestinsky verherrlichte die Friedensliebe der Sowjetisten. Die Eröffnungsreden ließen folglich nichts an diplomatischer Höflichkeit zu wünschen übrig. Darauf verstehen sich, wenn es sein muß, sogar die russischen Bolschewisten. Doch soll man den Tag nicht vor dem Abend loben.

Die Delegaten Sowjetrußlands erklärten alsbald, daß ihre Regierung sich weigere, das rumänische Abkommen mit England, Frankreich, Belgien, Italien und Japan vom Oktober 1920 bezüglich Beßarabiens anzuerkennen. Das Abkommen sei einseitig (weil Rußland gar nicht gefragt wurde) und vom rechtlichen Standpunkte aus wertlos. Rußland bestreite alle Abmachungen über Beßarabien, umsomehr als die angebliche Zustimmung der dortigen Bevölkerung unter militärischem Zwang erfolgte. Der Russe Krestinsky verlangte eine Volksabstimmung in Beßarabien, die so vorgenommen werden solle, daß keine Einschüchterung möglich ist. Die rumänischen Vertreter widersprachen dem russischen Standpunkt und wollten auf dieser Grundlage nicht weiter verhandeln. Das Ergebnis ist der vorläufige Abbruch der Konferenz.

Es werden infolgedessen erst weitere Beratungen in Moskau und Bukarest stattfinden.

Um die Streitfrage besser verstehen zu können, müssen wir kurz auf die Geschichte Beßarabiens eingehen. Dieser Landstrich stand von 1503 bis 1711 unter türkischer Herrschaft, fiel dann an Rußland und 1856 an die Moldau. Durch den Berliner Frieden wurde es 1878 den Russen zurückgegeben, die es im Besitze hatten, bis die Rumänen es ihnen nach dem Weltkriege wegnahmen. Diese „Eroberung" wurde im Oktober 1920 von den Alliierten bestätigt. Von den ungefähr 2 Millionen Bewohnern sind nicht ganz die Hälfte Rumänen. Die anderen sind Russen, Bulgaren, Griechen und Tataren. Uns interessiert die beßarabische Frage aber besonders deswegen, weil dort auch viele deutsche Stammesgenossen sind, die unter unsäglichen Mühen und Entbehrungen sich eine neue Heimat geschaffen haben. Ueber ihr Schicksal wird ebenfalls entschieden. Ob sie unter russischer Herrschaft besser fahren als unter rumänischer, wissen wir nicht. Jedenfalls haben die Rumänen im neuerworbenen Banat, in der Bukowina und in Siebenbürgen sich infolge ihrer deutschfeindlichen Schulpolitik nicht beliebt gemacht. Die rumänische Regierung arbeitet, wie aus einem Aufruf im heutigen Courier hervorgeht, mit aller Macht auf die Verdrängung der deutschen Sprache hin und möchte den Schulunterricht für die deutschen Kinder am liebsten ganz rumänisch machen.

Noch ist es ungewiß, in welcher Richtung die Entscheidung in der beßarabischen Frage fällt. Es ist sogar schon von einem Kriege zwischen Rußland und Rumänien die Rede gewesen. Beide Länder sollen für diesen Fall umfangreiche Vorbereitungen getroffen haben. Wir glauben aber, daß die rumänische Regierung sich es doch noch gründlich überlegen wird, ob sie es auf eine Entscheidung mit Waffengewalt ankommen lassen will. Ohne tatkräftige Unterstützung von irgendeiner europäischen Großmacht wäre ein solcher Schritt Rumäniens sehr gewagt. Die europäische Luft ist gewiß mit genug Gewitterschwüle geschwängert. Aber dennoch wird keine Großmacht in diesem Augenblicke ein neues Kriegsgewitter zur Entladung bringen wollen. Denn die Folgen wären, nicht nur für Rumänien, unabsehbar.

Das Ergebnis des Bierkellerputsches

Ludendorff freigesprochen.

München. — General a. D. Erich Ludendorff wurde von der Anklage, durch seine Beteiligung an dem Putsch vom 8. November 1923 sich des Hochverrats schuldig gemacht zu haben, freigesprochen.

Adolf Hitler, der in der Anklageschrift als „die Seele des ganzen Unternehmens" bezeichnet worden war, wurde des Hochverrates, begangen dadurch, daß er den Plan zu dem Staatsstreich entworfen, sich bei der Ausführung an die Spitze gesetzt, den Sturz der Regierung im Reiche und in Bayern erklärt, Aemter verteilt und für sich selbst die oberste Leitung der Reichspolitik in Anspruch genommen habe, schuldig erkannt und zu Festungshaft in der Dauer von fünf Jahren und Zahlung einer Geldbuße von 200 Goldmark verurteilt.

Gleiche Strafen wurden zuerkannt:

Dem Oberlandesgerichtsrat Ernst Poehner, von dem die Anklage behauptet hatte, daß ihm die Pläne Hitlers am Tage vor dem beabsichtigten Staatsstreich bekannt gewesen waren,

Dem Tierarzt Dr. Friedrich Weber, der nach der Anklage die Durchführung des Unternehmens vom 8. November v. J. ermöglichte, indem er als politischer Führer des Bundes „Oberland" das Gewicht dieser Organisation zu Gunsten des Unternehmens in die Wagschale warf,

Dem Oberstleutnant a. D. Kriebel, der militärische Führer des Kampfbundes, der, der Anklage zufolge, Geschütze auffahren ließ und auf andere Weise die Pläne Hitlers unterstützte.

Folgende Angeklagte wurden zu je 15 Monaten Festungshaft und Zahlung einer Geldbuße von je 100 Goldmark verurteilt:

Oberamtmann bei der Münchener Polizeidirektion Dr. Wilhelm Frick, der sich nach der Anklage bereit erklärt hatte, für den Fall einer völkischen Erhebung den Posten eines Polizeipräsidenten in München anzunehmen.

Hauptmann a. D. Ernst Röhm, der, wie die Anklage anführte, schon am 7. November von dem geplanten Unternehmen wußte und derjenige war, der das Wehrkreiskommando „im Auftrag der neuen Machthaber" besetzt hatte.

Oberleutnant a. D. Heinrich Pernett, ein Stiefsohn des Generals Ludendorff, der nach der Anklage als Verbindungsoffizier zwischen den einzelnen Persönlichkeiten und Befehlsstellen vor und während des Unternehmens tätig war

Oberleutnant d. R. Wilhelm Brückner, der die Mobilmachung des Nationalsozialistischen Regiments veranlaßte.

Leutnant Robert Wagner, der die Infanterieschule zugunsten des Unternehmens alarmierte.

Das Verdikt wurde von der Bevölkerung mit sichtlicher Befriedigung aufgenommen, und man sieht allgemein die Freisprechung Ludendorffs und die verhältnismäßig gelinde Bestrafung Hitlers und der anderen Angeklagten als eine Zurechtweisung des früheren Generalstaatskommissars Dr. v. Kahr, des Generals v. Lossow und des Obersten Seißer an, die, wie bei der Verhandlung festgestellt wurde, anfangs die Pläne Hitlers gebilligt und dann, als es zum Losschlagen kam, sich zurückgezogen und den Aufstand unterdrückt hatten. Die drei Genannten, welche „aus Gesundheitsrücksichten" eine Reise nach Italien antraten, hatten bei der Verhandlung erklärt, sie hätten sich nur zwangsweise dem Unternehmen angeschlossen.

Weder Hitler noch die anderen Verurteilten werden das ganze Strafausmaß im Gefängnis verbringen. Unter den Bestimmungen der Strafvergünstigung werden z. B. Hitler und Poehner schon nach sechs Monaten in Freiheit gesetzt werden, und sie würden den Rest der Strafzeit nur dann zu verbüßen haben, wenn sie mit dem Gesetz neuerlich in Konflikt kämen.

* * *

Es war ein rein politischer Prozeß, der in München nun seinen Abschluß gefunden hat. Wir haben im „Courier" von Anfang an darauf hingewiesen. Nicht um Recht und Unrecht ging es dabei, sondern um eine politische Kraftprobe zwischen dem ehemaligen Diktator v. Kahr und dem General Ludendorff, der gerne Diktator geworden wäre. Ludendorffs Freisprechung ist ebenfalls auf politische Ursachen zurückzuführen. Man wollte ihn nicht zum Märtyrer in den Augen seiner Freunde stempeln und der nationalistischen Bewegung in Deutschland nicht neuen Zündstoff liefern. Trotzdem oder gerade infolge des Freispruches wird Ludendorff, wie er nach der Urteilsverkündung selbst erklärte, noch schärfer als bisher sich nach seinen politischen Ideen betätigen. Die Nationalsozialisten haben ihn bereits als Reichstagskandidaten aufgestellt. Trifft das zu und nimmt Ludendorff das an, dann muß er in den Sumpf des Parteikampfes hinabsteigen, wodurch seine militärische Ehre nur Schaden leiden kann. Ludendorff würde sich und seinem Vaterlande den größten Dienst erweisen, wenn er, ähnlich wie der deutsche Heerführer Hindenburg, sich vom politischen Streite fernhalten würde. Vielleicht käme einmal die Zeit, da er als der richtige Mann am richtigen Platze Verwendung finden könnte.

Prohibition auch in Norwegen unhaltbar

Norwegen ist der Prohibition überdrüssig und die schlechten Erfahrungen, die man damit gemacht hat, haben in mehr als einer Sitzung des Kabinetts das Thema der Verhandlungen gebildet. Das war auch in einer vor einigen Tagen stattgefundenen Sitzung der Fall, und das Resultat der eingehenden Besprechung der Lage war, daß sich das norwegische Kabinett entschloß, den allgemeinen Wünschen und den immer dringender werdenden Forderungen der Bevölkerung stattzugeben und in einer der nächsten Sitzungen des Storthing wird demgemäß eine Gesetzesvorlage eingereicht werden, die das Prohibitionsgesetz widerruft. In der Vorlage wird gesagt, daß der Widerruf des Prohibitionsgesetzes der einzige Ausweg aus der jetzigen unhaltbaren Lage sei. Die Erfahrung habe gezeigt, daß man, anstatt alkoholische Getränke gänzlich zu verbieten, viel bessere Resultate erzielen kann, wenn man die Trunkenheit bekämpft, wie sie vor dem Kriege bekämpft wurde, indem man auf freiwillige Enthaltsamkeit hinarbeitet und auf die öffentliche Kontrolle des Getränkehandels. Eine ganz besonders wichtige Klausel in dem neuen Gesetz wird diejenige sein, die sich gegen den ungesetzlichen Getränkehandel und den Schmuggel geistiger Getränke richtet, und um denselben wirksam bekämpfen zu können, gedenkt man den Getränkehandel zu einem Staatsmonopol zu machen, oder aber denselben einer einzigen Privatfirma zu übertragen, die vom König eine besondere Konzession dafür erhalten würde. Außerdem wird in dem neuen Gesetz die sogenannte Lokaloption befürwortet, das heißt also, es soll den einzelnen Gemeinden, Ortschaften und Städten selbst überlassen bleiben, zu bestimmen, ob in ihrem Gebiete geistige Getränke verkauft werden sollen oder nicht.

Weltumschau

Deutschland.

In deutschen politischen und industriellen Kreisen wird erklärt, daß die von den Sachverständigenausschüssen ausgearbeiteten Bedingungen für die Beilegung der Reparationsfrage, soweit sie in Erfahrung gebracht werden konnten, unannehmbar sein werden. Es wird gesagt, daß man in Deutschland nach keinem zweiten „Wilson-Frieden" ein Verlangen trage. Die von den Sachverständigen angeblich der Industrie und der Landwirtschaft zugedachte Last würde, wie bemerkt wird, unerträglich sein. Großem Widerstand begegnet auch die Forderung, daß das Ausland sich durch mehrere Jahrzehnte an dem Betrieb der Reichsbahn beteiligte. Von amtlicher Seite wird angedeutet, daß eine Lösung der Reparationsfrage ohne ausgiebigen ausländischen Kredit unmöglich sei. Unter solchen Bedingungen jedoch, wie sie die Sachverständigen ausgearbeitet haben, würde Deutschland vergeblich im Ausland um ein Darlehen ersuchen können. Auch gegen die Höhe der in den Bericht der Sachverständigen dem Vernehmen nach aufgenommenen jährlichen Barzahlungen werden Einwendungen erhoben. Weiter nimmt man gegen die Idee der Monopole für die verschiedenartigsten Gegenstände, wie Alkohol, Salz, Zucker, Tabak, Bier usw. Stellung. In fachmännischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß sich solche Monopole in wirtschaftlicher, sozialer und finanzieller Hinsicht als ein gewaltiger Fehlschlag erweisen würden. Besonders wehrt man sich in Deutschland gegen die geplante Monopolisierung der Tabakindustrie und man weist darauf hin, daß der deutsche Rohtabakhandel, der in den beiden Hansastädten Bremen und Hamburg eine außerordentlich große Rolle im dortigen Wirtschaftsleben spiele, diese bedeutende Stellung nur errungen habe, weil er die ganze Tabakindustrie hinter sich hatte. Bei Errichtung eines Monopols würde dies wegfallen und die deutsche Vormachtstellung würde im Rohtabakhandel verloren gehen. Der hinlänglich bewiesene Grundsatz, daß die Privatindustrie im freien Konkurrenzkampf stets leistungsfähiger sei als eine monopolisierte Industrie gelte insbesondere von der Tabakindustrie. Auch würde die Einführung des Tabakmonopols bedenkliche soziale Fragen haben. So beschäftigt z. B. von den ungefähr 8000 deutschen Zigarrenfabriken nahezu die Hälfte fast gar keine Arbeiter, sondern die Zigarren werden von den eigenen Familienangehörigen fabriziert. Die Erhaltung dieses Mittelstandes erscheine gerade in den gegenwärtigen Zeiten als außerordentlich nötig.

Auch die deutsche Industrie nahm auf einer Tagung, die von 2,500 Vertretern aus dem ganzen Reiche besucht war, gegen die Sachverständigen-Pläne Stellung. Die deutschen Fabrikbesitzer bekundeten ihren guten Willen, an der Lösung der Reparationsfrage mitzuwirken und Opfer dafür zu bringen. Geheimrat Dr. Sorge, der Direktor der Krupp-Werke, erklärte: „Wir erwarten nicht allzuviel vom Bericht der Sachverständigen; aber ich möchte hervorheben: Wird das Weltproblem jetzt falsch gelöst, dann wird die natürliche Folge die Vernichtung von Millionen Existenzen, vielleicht der Weltruin sein. Unsere Zukunft ist dunkel. Nur die ernste Arbeit, der feste Wille zum Sparen und die nationale Einigkeit können Deutschlands weiteren Niedergang verhindern. Die stabile Währung und die kommende Goldnotenbank kräftigen unsere Hoffnung. Deutschlands weitere Gesundung und Wiederaufstieg sind aber nur dann fortzuführen, wenn der außenpolitische Druck gemildert wird. Wir sind Wirtschaftler und keine Politiker. Aber wir sind verpflichtet, zu erklären: Ohne eine rasche und klare Lösung der Reparationsfrage steht die deutsche Wirtschaft in wenigen Wochen in ihrer schrecklichsten Krise. Die deutsche Industrie ist bereit, alle Lasten zu tragen, solange ihre wirtschaftliche Selbständigkeit bewahrt bleibt."

Zu dem nach französischen Meldungen gemachten definitiven Vorschlag des britischen Ministerpräsidenten, das Rheinland, anstatt eine Allianz zwischen diesem als selbständigem Staat und Frankreich anzustreben, zu entmilitarisierten und als neutrales Gebiet unter die Kontrolle des Völkerbundes zu stellen, äußert sich die Reichsregierung in ablehnendem Sinne. Es wird erklärt, daß ein derartiger Vorschlag von Deutschland unter keinen Umständen angenommen werden könnte, da die Reichsregierung sich nur auf solche Vereinbarungen über die von Frankreich verlangte „Sicherung" einlassen würde, deren Bestimmungen über jene des Versailler Vertrages nicht hinausgehen würden.

In einer formellen Note hat Deutschland die Regierungen der Alliierten ersucht, die Untersuchung der deutschen Rüstungen, welche zurzeit von der Militär-Kontroll-Kommission vorgenommen wird, der Völkerliga zu übertragen. In der Note wird die Aufmerksamkeit der Alliierten darauf gelenkt, daß unter dem Versailler Vertrag die Abrüstung Deutschlands nur als die Vorstufe einer allgemeinen Abrüstung aller Völker gedacht ist, und daß deshalb auch die deutsche Abrüstung nur als ein Teil dieser allgemeinen Abrüstungsbewegung, nicht aber von dieser getrennt, behandelt werden darf. In der Note, die übrigens in äußerst höflichem Tone gehalten ist, wird die Forderung der Alliierten einer Wiederaufnahme der Militärkontrolle nicht zurückgewiesen, indeß betont, eine solche Kontrolle berge eine ernste Gefahr für den Frieden in sich.

Aus der deutschen Wahlbewegung ist zu erwähnen, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann durch sein Bekenntnis zur früheren schwarz-weiß-roten Flagge und zu einer demokratischen Monarchie eine Spaltung der von ihm geführten Deutschen Volkspartei vermieden hat. „Ich und die Deutsche Volkspartei haben mit dem Geiste der Weimarer Nationalversammlung und mit der neuen Reichsverfassung nichts gemein", erklärte Stresemann weiter. „Jetzt, wie vordem, halte ich die Farben schwarz-weiß-rot hoch!" Obwohl es sich um eine Wahlrede handelt, haben die Ausführungen des Außenministers in allen politischen Kreisen Aufsehen erregt. Gleichzeitig wandte sich Reichskanzler Marx in einer Zentrumsversammlung in scharfer Weise dagegen, daß Deutschland für den Krieg verantwortlich sei, und erklärte, daß die Zeit kommen würde, in der Deutschlands Schuldlosigkeit am Kriegsausbruch anerkannt werden würde. Stresemann und Marx wandten sich gegen jeden Putsch und sprachen sich dafür aus, daß auf dem Gebiete der Reparationen Deutschland die größten Opfer bringen müsse, um seine Freiheit wieder zu erhalten.

Fürst Otto Bismarck, ein Enkel des Kanzlers, ist von der Deutschnationalen Partei als Kandidat aufgestellt worden. Seine Erwählung ist ziemlich gesichert.

Bei der im Ruhrgebiet abgehaltenen Wahl von Betriebsräten entfielen auf die kommunistischen Kandidaten 5736, auf die Sozialisten 2330 und auf die christlichen Gewerkschaften 2174 Stimmen. Im Vergleich zur früheren Betriebsräte-Wahl haben die Radikalen ihre Stimmen verdoppelt, während für die sozialistischen Kandidaten kaum die Hälfte der früheren Stimmen abgegeben wurden.

Der frühere Kaiser Wilhelm reichte eine Klage ein gegen die preußische Regierung, um sechzig Landgüter, dreizehn Schlösser und elf große Wälder zurück zu erlangen. Der Ex-Kaiser behauptet, diese seien notwendig, damit er seinem Stande gemäß und wie er es gewohnt ist, zu leben. Auch sei die Zurückerstattung unumgänglich notwendig, damit er sein Privatvermögen, an welchem er durch die Revolution großen Schaden gelitten hat, auffrischen kann. Der Wert des Eigentums, welches er zurück zu erlangen hofft, wird auf annähernd $100,000,000 abgeschätzt. Die Klage wurde für den früheren Kaiser durch den Berliner Anwalt Dr. Seibert den Gerichten eingereicht. Das Spezialfach des Dr. Seibert ist die Verhandlung von Klagen zwischen Privatpersonen und Regierungen.

Der frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner, der der Annahme von Bestechungen und des Amtsmißbrauches angeklagt war, ist in Leipzig zu drei Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Rechte verurteilt worden.

Belgien.

In einer Ansprache in der ersten Versammlung der National-Liga zur Verteidigung des Franc hielt Premier Theunis eine Ansprache über die Finanzprobleme des Landes. Drei Vorkommnisse seien in erster Linie für den Rückgang des Franc verantwortlich, führte er aus. Diese seien einmal die Tatsache, daß die Deutschen während der Okkupation Belgiens sechs Milliarden Mark in Zirkulation gebracht hätten, sodann die Notwendigkeit, die durch den Krieg erschöpften Vorräte an Stapeln von Maschinen nach dem Waffenstillstand zu ersetzen, ohne daß ein entsprechendes Gegengewicht in der Ausfuhr vorhanden gewesen wäre, und endlich die sich folgenden Enttäuschungen in der Erlangung deutscher Gutmachung. Sowohl der Premier wie auch Außenminister Hymans, der ihm als Redner folgte, betonten den vorzüglichen Stand der wirtschaftlichen Lage des Landes. Die Steuereinnahmen, sagten sie, kämen nun jenen der Vorkriegszeit gleich; die Ausfuhr übertreffe die Einfuhr und sei noch beständig im Steigen; tatsächlich sei die belgische Industrie zur Zeit mächtiger als vor dem Krieg. Mit allen ihren Kräften versuche die Regierung, diese wirtschaftliche Lage noch zu stärken und sei bestrebt, einen wirklichen und dauernden Frieden bei einer Stabilisierung der Währung zu schaffen.

Ungarn.

Man ist sich in Genf etwas im Unklaren über die Haltung W. P. G. Hardings, des früheren Gouverneurs der amerikanischen Bundesreservenbehörde, gegenüber dem Projekt zum Wiederaufbau Ungarns. Wie von Ligabeamten erklärt wurde, hat Harding die Liga in Kenntnis gesetzt, er sei durch Krankheit verhindert, den Posten des Kommissars in Budapest zur Ueberwachung der Finanzen Ungarns zu übernehmen, worauf die Liga sich nach einem anderen Amerikaner für diesen Posten umschaute. Zwei oder drei Namen wurden unter Erwägung genommen, doch ist eine Ernennung für den Posten noch nicht erfolgt. Wie sich jetzt ergibt, kann Harding noch immer sich eines anderen besinnen und den Posten doch übernehmen.

Der Oberstadtphysikus Pegha von Budapest veröffentlicht eine amtliche Mitteilung über den öffentlichen Gesundheitszustand der Stadt Budapest in der zweiten Hälfte 1923. Er übt im Rahmen dieser Mitteilungen außerordentlich scharfe Kritik an der jüngeren Aerzteorganisation. In dem amtlichen Bericht Dr. Peghas wird erklärt, daß die außerordentliche Verbreitung der ansteckenden Krankheiten, die im letzten Jahre in Budapest und ganz Ungarn wüteten, durch die jüngere Aerzteorganisation verschuldet sei. Der Oberstadtphysikus teilt mit, daß aufgrund der fehlerhaften Diagnosen der jüngeren Aerzte nicht weniger als 196 Kranke bereits in lebensgefährlichem Zustand ins Epidemiespital gebracht wurden, weil die behandelnden Aerzte die ansteckende Krankheit bis zum letzten Moment nicht erkannt hätten. Bei Hunderten von Kindern hätten die Aerzte leichte Angina konstatiert, obwohl die Kinder Scharlach gehabt hätten. Viele seien infolge der mangelhaften Behandlungen gestorben. Oberstadtphysikus Dr. Pegha verlangt, daß man diesen Aerzten ihr Diplom entziehe und sie zur Wiederholung ihrer diagnostischen Studien verpflichte. Ihre weitere Verwendung sei eine eminente Gefahr für die Oeffentlichkeit.

Jugoslawien.

Meldungen aus Belgrad besagen, daß das jugoslavische Kabinett zurückgetreten ist. Die Ursache dazu ist, daß die Anhänger von Stephen Radisch, dem Führer der kroatischen Bauernpartei, die bisher beobachtete Politik der Nichteinmischung in die jugoslavische Politik aufgaben und ihren Delegierten Anweisungen gaben, ihre Sitze im Parlament einzunehmen. Darüber, was diese Delegierten zu tun gedenken, weiß man nichts. Sie verhalten sich zunächst schweigsam und machen ihre Pläne für die Zukunft nicht bekannt. Eines steht aber fest, daß sie gesonnen sind oder gesonnen waren, dem Premier Pashitch, dessen Politik ihre Führer bereits mehrmals öffentlich verurteilt haben, das Leben sauer zu machen. Der Premier hat das augenscheinlich auch gewußt, denn sobald als die Bauernpartei ihre Absicht kundgab, ihre Sitze im Parlamente einzunehmen, reichte er seine Resignation ein. Das Parlament hat sich vorläufig vertagt, bis eine neue Regierung gebildet werden kann. Wer mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt werden wird, darüber verlautet in amtlichen Kreisen vorläufig noch nichts.

Rumänien.

Zwei japanische Militär- und Marine-Kommissionen, welche seit einiger Zeit in Rumänien weilen, haben eingehende Untersuchungen der rumänischen Oelländereien vorgenommen und dabei hauptsächlich ihr Augenmerk auf Ländereien in Beßarabien, unweit der russischen Grenze, gelenkt. Sie haben auch einige Distrikte gefunden, die sie Japan zur Ausbeutung vorgeschlagen haben, und wie jetzt bekannt wird, hat sich Japan entschlossen, dieses Jahr die Oelproduktion in diesen Distrikten in großem Maßstabe aufzunehmen. In Verbindung mit diesem Plane wird bereits in den nächsten Tagen Prinz Hiko Higashi Kum, ein Schwager des Kaisers von Japan, in Bukarest eintreffen. Er wird von einem Stabe auserlesener technisch gebildeten Beratern begleitet sein, die die Berichte der beiden Kommissionen einer Nachprüfung unterziehen sollen. Wenn sie zu denselben Befunden kommen, wie die Kommissionen, beabsichtigt der Prinz einen Vertrag, der von den Regierungen der beiden Länder ausgearbeitet worden ist, im Namen seiner Regierung zu unterzeichnen. Wenn Japan die Ausbeutung der rumänischen Oelfelder übernimmt, wird es der Standard Oil Company, der Shell, der Royal Dutch und der englisch-persischen Oel Company Konkurrenz machen.

Rußland.

Behörden der Sowjetregierung, welche zur Ehrung von Nicolai Lenin den Namen von Peter des Großen Hauptstadt aus Petrograd in Leningrad umwandelten, treffen Schritte, um der Verfügung Gehorsam zu verschaffen. Für Briefe, die in den Postämtern nach Petrograd adressiert ausgegeben werden, sollen in Kurzem Geldstrafen eingeführt werden. Alle Zeitungsdepeschen aus dieser Stadt tragen bereits die Bezeichnung Leningrad. Andere Städte suchten Lenins Gedächtnis in gleicher Weise zu ehren. Aus Simbirsk, Hauptstadt der Provinz, wo Lenin zur Welt kam, ist Leninsk geworden. Die Verwaltung von Ekaterinoslaw, zu Ehren von Katharina der Großen, so genannt, bat um Erlaubnis, den Ort Leninslaw umzutaufen. So viele derartige Gesuche kamen an die Zentralbehörden in Moskau, daß keines mehr ohne reifliche Erwägung bewilligt werden soll.

Vereinigte Staaten.

Das Gesetz des Staates Oregon, welches Zwangsbesuch von öffentlichen Schulen für die Schulkinder gewissen Alters dekretiert, wurde vom Bundesgericht für verfassungswidrig erklärt. Das Schulgesetz, das bestimmt, daß Kinder im Grammer School-Alter nur in öffentlichen Schulen unterrichtet werden dürfen, wurde im Jahre 1922 durch allgemeine Volksabstimmung angenommen und hätte im September 1926 in Kraft treten sollen. Es wurde von Privatschulen und Kirchenschulen angefochten. In der Kampagne, die der Annahme vorausging, war die Vorlage, die ursprünglich von den Freimaurern des schottischen Ritus in Vorschlag gebracht worden war, heiß umstritten. Das Gesetz war eine der Hauptstreitfragen bei den Wahlen des Jahres 1922, als sich die „Verbündeten Patriotischen Gesellschaften" und vor allem der Ku Kux Klan dahinter stellten. Die Entscheidung erfolgte in Prozessen, welche die Hill Military Academy, eine Privatschule in Portland, und die Schwestern der heiligen Namen Jesus und Maria, welche katholische Pfarrschulen leiten, gegen den Gouverneur, den Generalanwalt des Staates und gegen einen County-Distriktsanwalt angestrengt hatten. Die Richter erklären in ihrer Entscheidung, daß das Gesetz nicht nur die Rechte der Kläger, sondern vor allem den von der Bundesverfassung gewährleisteten Elternrechten zuwider laufe. Das Gericht habe das Recht, die Durchführung eines Staatsgesetzes, das einen Bürger seiner verfassungsmäßigen Rechte oder eine Korporation ohne gehörigen Rechtsprozeß ihres Eigentums beraubt, durch Einhaltsbefehl zu verhindern.

Ford als Konkurrent in Deutschland

Henry Ford hat mit dem Eindringen in den deutschen Markt begonnen. Als erste Tatsache ist ein Vertrag zu verzeichnen, der zwischen ihm und der deutschen Einfuhrstelle zustande gekommen ist. Danach sollen 500 Traktoren zollfrei eingeführt werden.

Das Reichsernährungsministerium hat hierbei mitgeholfen. Die Landwirte sollen einen langen Kredit erhalten, um diese Traktoren kaufen zu können. Das Ernährungsministerium hat sich bei seiner Stellungnahme von dem Gedanken leiten lassen, daß der Landwirtschaft jede Hilfe zuteil werden muß, damit der deutsche Boden wieder so ertragsfähig gemacht werden kann, wie vor dem Kriege.

Außerdem sind in Hamburg zwei Schiffsladungen Fordautomobile angekommen. Sie konnten bisher noch nicht durchgelassen werden, da die Zollberatungen zwischen Henry Ford und den deutschen Regierungsstellen nicht abgeschlossen sind.

Es ist aber bestimmt damit zu rechnen, daß diese Besprechungen in aller Kürze mit einem für beide Seiten befriedigenden Ergebnisse endigen. Damit würde das Eindringen amerikanischer Autofabrikanten in den deutschen Markt beginnen.

Diese Autos sollen für 1800 Goldmark verkauft werden. Die deutsche Industrie ist nicht in der Lage, ihre Wagen so billig anzubieten. In Kreisen der deutschen Autofabrikanten herrscht denn auch bereits ziemliche Nervosität, weil sie wissen, daß sie zunächst den Konkurrenzkampf mit Ford nicht aufnehmen können. Man gibt sich aber der Hoffnung hin, daß die Käufer von Fordautos später sich dazu veranlaßt sehen werden, wieder die deutschen, solider gebauten Wagen zu kaufen.

* * *

Ein deutscher Oelboom.

Berlin. — Das Oelfieber wütet in der Lüneburger Heide in der Nähe von Celle. Die Berliner Großfinanz interessiert sich sehr für die Aussichten auf eine große Oelentwicklung in dem Distrikt; aber die Stinnesgruppe hat den Rahm in der Gegend bereits abgeschöpft. Die Bohrlöcher, welche die großen Quellen zuerst erschlossen, fahren weiter fort, große Erträge zu liefern. Die Bohrungen wurden nach wissenschaftlichen Prinzipien von einem deutschen Ingenieur gemacht, der auf eine lange Erfahrung in den Oelgebieten Rumäniens zurückblickt. Unter dem hannoverschen Gesetz gehört Oel, das auf ebnem Gebiet gefunden wird, den Besitzern des Bodens, daher schließen alle Heidbauern „Bohrabkommen" ab. Die Stinnesgruppe war prompter an der Hand als die anderen und sicherte sich die aussichtsreichsten Distrikte. Um die besten Uebereinkommen schnell unterzeichnet zu bekommen, arbeiteten die Agenten von Stinnes Tag und Nacht, indem sie die Besitzer des Bodens besuchten und ihre Unterschriften erlangten.

Deutscher Zeitspruch.

Der Nullenrausch ist nun vorüber!
Befreit von Wucherer und Schieber,
Mag Deutschland werden jung und stark.
Wenn bettelarm auch diese Zeiten,
Wir werden uns emporarbeiten
Mit oder ohne Rentenmark!

Violine mit schönem Bogen, $5.00

$5

Wir sind mit einem Vorrat von Violinen überhäuft und verkaufen dieselben für nur $5.00, weil wir dieselben nicht bis nächsten Herbst aufheben wollen. Der reguläre Preis ist $15.00. Violine ist ein Stradivarius Modell, aus Rosenholz, schön poliert, gute Saiten und guter Bogen. Preis nur **$5.00**

Deutsches Buch- und Musikgeschäft
1708 Rose Str., Regina, Sask.

Heimkehr'n möcht' ich . . .

Heimkehr'n möcht ich
Zur Erde,
Die sich bar aller Beschwerde
Zum Ruhen bereitet,
Gold und Singen umkleidet.

Heimkehr'n möcht ich,
Den Morgen und Abend im
Arm,
Satt-sommerlich,
Ohne Harm
Zurückfinden von allen
Wegen,
Die Hände zusammen legen.

Heimkehr'n möcht ich,
Am endlosen Strand
Wundergebannt
Dem Sternenrauschen,
Dem weichen Bogenstrich
Meines Engels lauschen.

Karl Curt Wagner.